

Resolution zum CETA-Abkommen

Der LSAP-Kongress,

in der Erwägung,

- 1) dass die Regierung sich in ihrem Regierungsprogramm den Auftrag gegeben hat, sich im Rahmen internationaler Handelsverträge für ambitionierte und verantwortungsvolle Sozial- und Umweltstandards einzusetzen sowie auf die Kohärenz zwischen Wirtschaft, Politik, Sozialem und Umwelt zu achten;
- 2) dass die LSAP auf ihrem Kongress im März 2016 beschlossen hat, das Ergebnis der Verhandlungen genauestens zu analysieren und einem Kongress eine entsprechende Resolution zum *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA) zu unterbreiten;
- 3) dass die Europäische Kommission am 5. Juli 2016 den Vorschlag zur Unterzeichnung von CETA, ebenso wie den Vorschlag zur vorläufigen Anwendung, welcher nun im Rat der EU verhandelt wird, und den Vorschlag zum Abschluss von CETA vorgelegt hat;
- 4) dass über die Unterzeichnung des CETA-Abkommens, in seiner Fassung vom 29. Februar 2016, am 18. Oktober 2016 im Rat der EU abgestimmt wird;
- 5) dass die Regierung sich dazu verpflichtet hat, die Motion der Abgeordnetenkommer vom 7. Juni 2016 in Gänze zu respektieren,

erachtet, dass CETA folgende Bestimmungen erfüllen muss:

- CETA muss als gemischtes Abkommen eingestuft werden, so dass die nationalen Parlamente in die Ratifizierung mit eingebunden werden;
- die Bestimmungen zur Investitionsgerichtsbarkeit (ICS) müssen den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden;
- das Europäische Parlament muss seine Zustimmung gegeben haben vor der vorläufigen Anwendung jener Teile des Abkommens, die unter die alleinige EU-Kompetenz fallen. Jene Teile des Abkommens, die nationale Kompetenzen berühren, dürfen nicht vorläufig zur Anwendung kommen;
- die Zusatzprotokolle, die zurzeit noch verhandelt werden um einige Punkte im Vertragstext zu präzisieren, müssen juristisch verbindlich sein, die Unabhängigkeit und Neutralität der Richter der Investitionsgerichtsbarkeit garantieren sowie klar festschreiben, dass die öffentlichen Dienstleistungen in Gänze von Liberalisierungs- und Privatisierungsverpflichtungen ausgenommen sind und das Vorsorgeprinzip der EU in Kraft bleibt,

schlussfolgert:

- Die LSAP ist für einen fairen Handel, welcher die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Länder fördert und zum Frieden beiträgt. Deshalb will die LSAP, dass die Freihandelsverträge diese Entwicklung unterstützen.
- Sollten die oben genannten Bestimmungen nicht erfüllt werden, wird die LSAP das CETA-Abkommen ablehnen.

Angenommen vom außerordentlichen LSAP-Kongress am 4. Oktober 2016